



Information für die Presse

SPD Spandau
Daniel Buchholz, MdA und stellvertr. Kreisvorsitzender SPD Spandau

Berlin, 30. September 2003

„Schallende Ohrfeige für Teile des Bezirksamtes“

Überregionales Nutzungskonzept für Zitadelle verschlafen

Um die Spandauer Zitadelle, eines der bedeutendsten Baudenkmäler Berlins, ist ein heftiger Streit entbrannt. Der Landesrechnungshof vermisst nach millionenschweren Sanierungsleistungen Berlins weiter ein tragfähiges Nutzungskonzept. Jetzt fordert auch der Hauptausschuss des Abgeordnetenhauses das Bezirksamt auf, aktiv zu werden. Der Spandauer Abgeordnete Daniel Buchholz (SPD) kritisiert schwere Versäumnisse bei den zuständigen Stadträten aus dem Spandauer Bezirksamt.

In den vergangenen 40 Jahren hat das Land Berlin mehr als 50 Millionen Euro für die Restaurierung der historischen Festung aus dem 16. Jahrhundert bereitgestellt. Das ursprüngliche Nutzungskonzept des Senats von 1985 betonte die bau- und zeitgeschichtliche Bedeutung des Baudenkmals von europäischem Rang, vergleichbar in Berlin mit dem Schloss Charlottenburg. Nach dem Fall der Mauer hat es wesentliche Veränderungen gegeben, die Touristen zieht es mehr in die historische Mitte der Stadt. Für den Berliner Landesrechnungshof (LRH) ist daher für die Zitadelle eine „zukunftsbezogene (...) Nutzungs- und Entwicklungsplanung unumgänglich“.

Der LRH übt deutliche Kritik, in seinem aktuellen Jahresbericht heisst es wörtlich: „Entgegen dem ursprünglichen Nutzungskonzept, das eine über Berlin und die Grenzen der Bundesrepublik hinausreichende Präsentation vorsah, wird die Zitadelle überwiegend bezirklich genutzt. Dies entspricht nicht der Bedeutung und den Möglichkeiten des Standorts.“

Neben dem Senat sieht der LRH insbesondere den Bezirk in der Verantwortung für ein neues Konzept. Dieser habe zwar geringe Kapazitäten, sei aber wesentlich mitverantwortlich, da Grundstück und Gebäude in das Fachvermögen des Bezirks übertragen wurden. Inzwischen hat sich auch der Hauptausschuss des Abgeordnetenhaus-



ses eingeschaltet. Nachdem zunächst keine Reaktion aus dem Spandauer Rathaus kam, findet der Hauptausschuss jetzt deutliche Worte: „Das Bezirksamt Spandau wird aufgefordert, bis 31. Oktober 2003 seiner Berichtspflicht gegenüber dem Hauptausschuss nachzukommen.“

„Das ist eine schallende Ohrfeige für Konrad Birkholz in seiner Funktion als Wirtschaftsstadtrat und seinen Kollegen Gerhard Hanke als Kulturstadtrat (beide CDU). Sie haben die Erstellung eines überregionalen Nutzungskonzepts für die Zitadelle schlichtweg verschlafen“, stellt der Spandauer Abgeordnete Daniel Buchholz (SPD) fest. „Jahrelang haben sie ihre Hausaufgaben nicht gemacht – wohl in der Hoffnung, die millionenschweren Sanierungsgelder des Landes Berlin würden schon alles richten. Das Kronjuwel Spandaus und Berlins braucht dringend eine überregionale Positionierung und Vermarktung.“

Die bisherigen Anstrengungen des Bezirksamtes seien nicht ausreichend, erst im April 2003 sei ein „Zitadellenmanager“ benannt worden. Die Konturen eines Vermarktungskonzeptes hat bereits der Senat skizziert. Die Zitadelle sei besser mit dem Metropolen- und Kulturtourismus Berlins zu verzahnen. Insbesondere mit den „Preußenstiftungen“ (Kulturbesitz, Schlösser und Gärten) ergäben sich große Vermarktungschancen. Spandau nutze sein militärisches Geschichts- und Naturerbe bisher nur unzureichend.

Auch Daniel Buchholz will sich auf Landesebene weiterhin dafür einsetzen, dass der Bezirk Geld für den unabwendbaren Sanierungsbedarf des Baudenkmals erhält. Die für 2005 geplante zentrale Ausstellung des Landes Berlin „60 Jahre Kriegsende“ und die anschließende Nutzung durch das Deutsche Historische Museum bzw. die Bundeszentrale für politische Bildung mache dies notwendig. Angesichts der Haushaltsnotlage des Landes sollten die Erwartungen aber nicht zu hoch geschraubt werden. „Anstatt immer neue Geldforderungen an den Senat zu richten, sollten Herr Birkholz und Herr Hanke endlich selbst handeln und ihren Job im Bezirk richtig machen. Mit einem durchdachten und zukunftsorientierten Nutzungskonzept in der Hand dürfte es dem Bezirk deutlich leichter fallen, finanzielle Unterstützung vom Land einzufordern.“